



Global Parliamentarians on **HABITAT**

Peter Götz

Deputy of the Federal
Republic of Germany

President of the Global
Parliamentarians on Habitat

Peter Götz
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Präsident
des
Präsidiums
der
Global Parliamentarians on Habitat**

Rede



**“Sustainable Urban Development through Expanding
Equitable Access to Land, Housing, Basic Services
and Infrastructure”**

13. April 2011

German Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
GERMANY

Tel. +49-30-227-74928
Fax: +49-30-227-76862

peter.goetz@bundestag.de
www.goetzpeter.de

Es gilt das gesprochene Wort!

GOOD LAWS FOR A BETTER HABITAT

29.04.2011 14:33

Excellencies,
Honourable Colleagues and Friends,
Ladies and Gentlemen,

Zunächst einmal möchte ich Ihnen die Grüße der
Globalen Parlamentariergruppe für Habitat überbringen.

Wir sind dankbar, dass sich UN-HABITAT immer wieder
mit den wichtigen Zukunftsaufgaben der Menschheit
intensiv auseinandersetzt. Dazu gehört, neben vielen
anderen Themen, die politische Bedeutung von
„adequate Housing“.

Die Welt wandelt sich schnell. Mitte des 19. Jahrhunderts
lebten drei von zehn Menschen in städtischen Gebieten.
Heute sind es mehr als die Hälfte. Gegen Ende des
Jahrhunderts werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in
Städten oder urbanen Zentren leben, davon 1,4 Milliarden
Menschen in Slums und Favelas. Urbanisierung und die
Steuerung dieser Urbanisierung in eine nachhaltige
Richtung muss deshalb das Thema des 21. Jahrhunderts
sein. Vor diesem Hintergrund aber auch vor dem
Hintergrund der noch nicht überwundenen weltweiten
Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist ein internationaler
Dialog bedeutender denn je.

Die Fragen, die wir uns stellen müssen lauten nicht, ob die Städte weiter wachsen werden, sondern wie, wo und in welchen Städten wir in Zukunft leben wollen.

Wenn wir unsere Städte nicht schon heute an diesen Wachstumstrend anpassen, wird er starke negative Auswirkungen auf den Wohnraum nach sich ziehen. Der Wohnraum wird knapper, teurer und schlechter werden. Wir müssen handeln – nicht erst morgen, sondern heute!

Der gerechte Zugang zu angemessenen Wohnraum muss im Gesamtzusammenhang einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung gesehen werden, denn Städte sind Orte, an denen sich alle Probleme auf engstem Raum begegnen.

Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist ein universelles Recht, welches international und in über ein hundert nationalen Grundgesetzen verankert ist. Paragraf 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sagt:

*"Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and of his family, including food, clothing, **housing** and medical care and necessary social services, and the right to security in the event of unemployment, sickness, disability, widowhood, old age or other lack of livelihood in circumstances beyond his control." (article 25(1))*

Viele Länder haben dieses Recht in ihrer nationalen Gesetzgebung umgesetzt. Es gibt verschiedene Methoden mit denen sichergestellt wird, dass auch die arme Bevölkerung Zugang zu angemessenen Wohnraum bekommt. Bei uns in Deutschland gibt es zum Beispiel die soziale und die steuerliche Wohnraumförderung. In dem einen Fall wird das Subjekt gefördert, nämlich der sozial schwache Mensch. In dem anderen Fall wird das Objekt gefördert, nämlich der Wohnungsbau. Heute haben wir in Deutschland eine andere Wohnraumversorgung. Der Schwerpunkt der staatlichen Förderung liegt bei der energetischen Gebäudesanierung, um die Energieeffizienz bei Gebäuden zu steigern und das Wohnen bei steigenden Energiekosten bezahlbar zu machen. So wurden in den letzten Jahren in Deutschland 2,5 Millionen Wohnungen energieeffizient saniert oder neu errichtet.

Auch in Europa gibt es nach wie vor Millionen von Menschen, die entweder gar keinen, oder teuren und schlechten Wohnraum haben. Oft ist die Kombination zwischen einer besonders schnellen Urbanisierung und eines schwachen Wirtschaftswachstums verheerend. Ohne ausreichende finanzielle Ressourcen und klare Vorgaben sind viele Städte schon heute nicht mehr in der Lage, den Bedürfnissen ihrer Bewohner gerecht zu

werden. Deshalb werden die Städte zunehmend zu Sammelbecken der armen Bevölkerung. Der armen Bevölkerung in diesen Städten bleibt ein gerechter Zugang zu Wohnraum, aber auch zu Land, Infrastruktur und einer Grundversorgung verwehrt.

Nach wie vor leiden auch in Industrieländern viele Menschen unter schlechten oder zu teurem Wohnraum. Ob und wie es uns gelingt, den weltweiten Verstädterungsprozess in die nachhaltige Richtung zu lenken, wird die Qualität der künftigen Lebensbedingungen der Menschheit massiv beeinflussen.

Anrede,

Wir Parlamentarier haben bei der Bewältigung dieser vielschichtigen Herausforderungen eine besondere Verantwortung. Wir müssen in unserer nationalen Gesetzgebung klare Regeln für eine nachhaltige Stadtentwicklung fordern und verstärkt die Finanzierung für die Umsetzung dieser Gesetze bereitstellen.

Dabei müssen immer die Menschen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Es kann nicht darum gehen, Slums zu beseitigen. Diese bestehen oft aus

gewachsenen sozialen Strukturen welche die Lebensqualität ihrer Bewohner trotz aller Missstände positiv beeinflussen. Teilweise sind sie lebensnotwendig. Viele Menschen wollen meist nicht an einen neuen Ort oder einen neuen Stadtteil „transplantiert“ werden. In erster Linie sollten wir deshalb auf die Wünsche der Bewohner in den Slums oder Favelas eingehen und die Wohngegenden gemeinsam mit ihnen aufwerten. Die Bewohner haben nicht nur ein Recht auf Wohnraum, sie haben meiner Meinung nach auch ein Recht auf Mitbestimmung. Hinzu kommt, dass Menschen, die sich an einer Verbesserung ihrer Nachbarschaft beteiligen, sich auch stärker mit ihr identifizieren. Wände, die früher mit Graffiti bemalt wurden, bleiben sauber. Hierfür ist aber eine starke und gut organisierte Zivilgesellschaft erforderlich, die teilweise erst aufgebaut werden muss.

Nicht nur Entwicklungs- und Schwellenländer haben mit der Versorgung ihrer Bewohner mit angemessenem Wohnraum zu kämpfen, auch viele Industrieländer müssen sich um die Aufwertung von innerstädtischen Slums bemühen. Es muss unser Anliegen sein, Solidarität zwischen Entwicklungs- und entwickelten Ländern zu fördern. Wir können viel voneinander lernen.

Die Global Parliamentarians on Habitat streben an, diese Zusammenarbeit durch ihr Parlamentariernetzwerk zu unterstützen. Mindestens ebenso wichtig ist, dass Parlamentarier mit der Öffentlichkeit, Regierungsvertretern, mit Nicht-Regierungs-Organisationen, Stadtplanern und Vertretern der Wirtschaft darüber diskutieren, wie Verbesserungen erreicht werden können. Deshalb bin ich zusammen mit vielen Abgeordneten vor allem aus Afrika gerne nach Nairobi gekommen. Unsere Diskussionen, die wir gestern mit unseren afrikanischen Freunden geführt haben, machen deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit aller Beteiligten ist. Wir brauchen für die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen verantwortungsvolle neue Partnerschaften auf allen politischen Ebenen.

Vor allem Parlamentarier und Städte müssen stärker in diesen politischen Prozess eingebunden werden. In den Städten liegen die großen Probleme der Zukunft, deshalb geht die Lösung der Probleme nur zusammen mit den Städten.

Auch wenn es um den Klimawandel geht, sind Städte einerseits Verursacher des Klimawandels. Dort werden etwa 80 Prozent der weltweiten Energieressourcen verbraucht. Städte stoßen den größten Teil der Abgase

aus. Sie werden auch hauptsächlich vom Klimawandel betroffen sein, weil sie oft unmittelbar an der Küste oder an Flüssen liegen.

Andererseits können und müssen gerade Städte wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten; bei der Stadtplanung oder wenn es um die Energieeffizienz stadteigener Gebäude geht.

Wir brauchen einen Wettbewerb zwischen den Städten um den besten Klimaschutz als Ansporn für eine nachhaltige Stadtentwicklung und gute Wohnraumversorgung.

Wir Parlamentarier haben zehn Jahre nach der Habitat II Konferenz in Istanbul eine umfangreiche für Europa Studie erarbeiten lassen. Diese Studie zeigt die Änderungen in der Gesetzgebung nach der 1996 in Istanbul beschlossenen Habitat Agenda auf. So wurde die Entwicklung der Gesetze zwischen Deutschland, Finnland, der Niederlande, Rumänien und der Türkei und in einem zweiten Teil zwischen Estland, Lettland, Litauen und Polen verglichen. Die Studie wurde 2008 abgeschlossen.

Im Ergebnis der Untersuchung wurde festgestellt, dass die generellen Zielsetzungen bei der Verfolgung der Habitat Agenda je nach dem Entwicklungsstand des betreffenden Staates stark variieren.

Außerdem wurde festgestellt, dass Staaten mit ökonomischen Problemen oder auf dem Weg politischer Reformen besonders dankbar für Anstöße von außen sind, mit denen sie ermutigt werden, sich der Habitat Agenda zuzuwenden. Das kann auf dem Wege des Abschlusses internationaler Vereinbarungen oder durch Anreiz gebende ökonomische Hilfsprogramme geschehen.

Wir würden es begrüßen, wenn diese Studie nicht nur auf Europa begrenzt bleibt, sondern auch weltweit fortgeschrieben wird. Durch die vergleichende Studie ist sichtbar geworden, welche Länder ihre selbst eingegangenen Verpflichtungen innerhalb von zehn Jahren umgesetzt haben und welche noch nicht. Durch dieses "Sichtbarmachen" erhöht sich der politische Druck auf das gesetzgeberische Handeln. Nur wenn wir die jetzige Lage kennen, können wir auch etwas an ihr verbessern. Außerdem hat die Studie „Best Practices“ herausgefiltert.

Es war für uns als internationale Parlamentarierorganisation damals schwierig, eine Finanzierung für die Studie zu bekommen. Letztendlich ist es gelungen, die Bundesregierung in Deutschland von der Bedeutung dieser Studie überzeugen. Dr. Clos, in weltweiter Vergleich wäre sicherlich eine gute Basis für die Beratungen zu Istanbul +20 in 2016 und eine interessante Herausforderung für UN-Habitat.

Sehr geehrter Herr Clos,
Anrede,

Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zu der Globalen Parlamentariergruppe für Habitat machen. Wir sind ein einzigartiger Zusammenschluss von Parlamentariern, die sich ausschließlich mit dem Habitat-Thema befassen. Wir repräsentieren heute über 200 Abgeordnete aus über 180 Ländern. Die Globale Parlamentariergruppe für Habitat besteht nächstes Jahr 25 Jahre. Unsere Organisation ist von verdienten Parlamentariern gegründet worden, um UN-Habitat bei ihren Aktivitäten zu unterstützen. Wir wollen besonders die Ziele der vor vierzehn Jahren in Istanbul beschlossenen Habitat-Agenda auf allen politischen Ebenen durchsetzen.

Anrede,

Wir wissen, dass die Zukunft der Menschheit sich in den Städten entscheidet. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Vereinten Nationen die Städte verstärkt als gleichberechtigte Partner an der politischen Gestaltung beteiligen.

Nur gemeinsam können wir die vor uns liegenden gewaltigen Herausforderungen meistern. Unsere wichtigste Ressource ist dabei der politische Wille. Wenn jeder in seinem Verantwortungsbereich mithilft, haben wir eine Chance für unsere Kinder eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Schlusswort

Vielen Dank für diese wirklich interessante Diskussion und den guten Input. Ich werde versuchen, eine politische Antwort zu geben und es auf einen Punkt zu bringen.

Mehr als je zuvor müssen wir die Urbanisierung in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, auf allen politischen Ebenen. Wir müssen die Politik in unseren Ländern ändern und noch enger zusammenarbeiten. Das ist, was wir in Zukunft brauchen.

Die Globale Parlamentariergruppe für Habitat trifft sich regelmäßig auf Landes-, Regionaler-, und weltweiter Ebene um Lösungen für besonders große Herausforderungen in dem Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung zu suchen.

Schon heute lade ich Sie zu unserer 7. Weltkonferenz nach Kroatien in Europa ein. Sie findet im Mai dieses Jahres in der wunderschönen Hafenstadt Zadar statt. Die Konferenz steht unter dem Motto „Good Laws for a Better Habitat“. Wir werden uns dort intensiv mit dem Klimawandel in den Städten und seinen Auswirkungen auf küstennahe Städte befassen. Ich lade Sie ein, mit uns in Zadar darüber zu diskutieren.